

Movimiento Campesino: Die Forderungen sind nicht neu

Am vergangenen 10. Oktober hat eine der grössten Demonstrationen in der Geschichte der guatemaltekischen BäuerInnenbewegung stattgefunden (siehe Artikel Seite 3). Womit einmal mehr bewiesen ist: Guatemala ist ein ausgesprochenes Agrarland und die BäuerInnenbewegung nach wie vor eine der stärksten sozialen Bewegungen des Landes. Der folgende Artikel macht einen kurzen Rückblick auf die Geschichte der BäuerInnenbewegung und versucht, die aktuellen Diskussionen und Forderungen zur Landthematik zusammenzufassen.

Schon im 17. und 18. Jahrhundert spielten die BäuerInnen eine wichtige Rolle bei den sozialen Zusammenstössen und den daraus resultierenden Unabhängigkeitsbewegungen in Lateinamerika im . In dieser Zeit konzentrierten sich die Forderungen der sozialen Bewegungen auf drei Hauptpunkte: Abschaffung der Tribute, Abschaffung des Handelsmonopols der Spanischen Krone und gerechte Verteilung des Landes. Und auch wenn schliesslich vor allem die Ladinós davon profitierten, öffnete der Kampf der indigenen BäuerInnen den Weg zur Konsolidierung der Nationalstaaten. Guatemala gehörte zur zentralamerikanischen Föderation, wo die Handels- und Agraroligarchie die administrative Kontrolle und somit die Geschicke der Nation fest in ihren Händen hielten.

Bewaffnete BäuerInnenaufstände, deren Hauptforderung die gerechte Landverteilung war, brachten 1847 Rafael Carrera an die Macht. Dieser versteckte sich vorerst hinter den Forderungen der BäuerInnen, entpuppte sich jedoch als einer der grausamsten Diktatoren Lateinamerikas.

Mit dem Tod Carreras 1865 begann eine Ära liberaler Regierungen. Nachdem seine Bewegung gesiegt und ihn an die Macht gebracht hatte, verpflichtete sich General Miguel García Granados zu einer Staatsreform. Einerseits war das Ziel, die Auswüchse individueller Macht zu beschneiden, andererseits dem Landbesitz der mächtigen Kaffeepflanzer eine gesetzliche Basis zu verschaffen. Auch sein Nachfolger, General Justo Rufino Barrios, trieb die liberalen Reformen voran, herrschte jedoch als Diktator.

Diese Reformen verbanden technologische Fortschritte und neue militärische Konzepte - wie die Aufstellung einer Berufarmee - mit der Unterdrückung des Rechtes auf Landbesitz für Gemeinden und Kirchen und führten die Zwangsarbeit ein. 1987 wurde die Verordnung über TagelöhnerInnen und ein Jahr später das Gesetz gegen Landstreicherei verabschiedet, das die indigenen BäuerInnen dazu zwang, 100 bis 150 Tage im Jahr auf den Kaffeeplantagen zu arbeiten.

In diese Zeit fallen zahlreiche Aufstände der BäuerInnen gegen politische Anführer, Steuereintreiber und Plantagenbesitzer. Darunter sind besonders der Krieg der Indígenas von Momostenango 1876, der Aufstandsversuch der Quichés 1877 und die Rebellion von San Juan Iscoy

im Jahre 1898 zu erwähnen. Alle diese Aufstände wurden von den Milizen der Ladinós erstickt, welche sich des Indígena-Landes bemächtigten.

Erst während der Oktoberrevolution (1944-1954) erlaubte das politische Klima die Gründung von rund 500 BäuerInnen- und LandarbeiterInnengewerkschaften. Diese schlossen sich in den *Lokalen Agrarkomitees* (CAL) zusammen, um die Umsetzung und Einhaltung der von Präsident Jacobo Arbenz Gúzman angeordneten Landreform zu überwachen.

Die von Castillo Armas mit Unterstützung der Vereinigten Staaten durchgeführte Konterrevolution zerschlug sämtliche Organisationserfolge der BäuerInnenbewegung und ihre AnführerInnen wurden verfolgt und umgebracht oder ins Exil getrieben. Erst durch das Aufkommen der Guerilla in den 60er Jahren, bekamen die Gewerkschafts- und BäuerInnenorganisationen wieder Aufwind und forderten öffentlich Land für die BäuerInnen, Organisationsfreiheit und höhere Löhne für FincaarbeiterInnen. Mitte der 60er Jahre existierten im Land insgesamt 164 Gewerkschaften, BäuerInnenvereinigungen oder -komitees und Kooperativen mit rund 30'000 Mitgliedern.

Während der Regierungszeit César Méndez Montenegro's (1966-1970) wurden im Norden des Landes heftige Landkonflikte zwischen indigenen BäuerInnen und Grossgrundbesitzern ausgetragen, die sich bald aufs ganze Land ausdehnten. Unter dem Vorwand, die BäuerInnenbewegung sei die soziale Basis der Guerilla wurden die Aufstandsbekämpfungsmassnahmen auf breite Bevölkerungsgruppen angewandt. Mit der in den 80er Jahren unter dem Namen 'Verbrannte Erde' bekannt gewordenen Aufstandsbekämpfungsmethode zerstörten und ermordeten Efraín Ríos Montt und Oscar Mejía Víctores insgesamt 440 indigene BäuerInnengemeinden in verschiedenen Landesteilen. Trotzdem wurden in dieser Zeit wichtige, bis heute existierende ArbeiterInnen- und BäuerInnenorganisationen gegründet, z.B. die *Nationale ArbeiterInnenzentrale* (CNT) und das *Komitee für BäuerInneneinheit* (CUC).

Auch in den 90er Jahren formierten sich eine ganze Reihe Indígena- und BäuerInnenorganisationen, nämlich all die ProtagonistInnen, die in den heutigen Land-

kämpfen aktiv sind: Die *Nationale Koordination der kleinen und mittleren ProduzentInnen* (CONAMPRO), in der 75 Gemeinden organisiert sind; die *Nationale Indígena- und BäuerInnenkoordination* (CONIC), eine Abspaltung der CUC, oder die *Nationale Koordination der BäuerInnenorganisationen* (CNOG).

Und heute? Rein zahlenmässig hat sich nichts verändert. Noch immer gehören 70% des nutzbaren Bodens und 10% der Waldressourcen denjenigen 0.15% Grossgrundbesitzern, die kommerziell wirtschaften. Die rund 4% der LandwirtInnen, die einen Überschuss erwirtschaften, besitzen 10% des Landes. Und der grossen Mehrheit, nämlich 95% aller BäuerInnen die Landwirtschaft einzig zur Selbstversorgung betreiben, stehen 20% des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens zur Verfügung. Immer noch sind Tausende von Familien gezwungen, sich als temporäre KaffeepflückerInnen an die guatemaltekische Südküste oder nach Mexiko zu verdingen, wo sie keine Verträge erhalten und ihnen die Möglichkeit verwehrt ist, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Entsprechend sind denn auch die Forderungen der BäuerInnenbewegung die selben wie eh und je: Gerechte Verteilung des Landes, Anerkennung der Landtitel und Rückgabe der enteigneten Ländereien. Neu dazugekommen ist die Forderung, die Friedensabkommen einzuhalten, speziell das Abkommen über die sozioökonomische Situation und die Landproblematik, das die Grundlage definiert, um all diese Probleme zu lösen.

Am 28. September dieses Jahres haben die *Fakultät für Agronomie der Universität San Carlos* (USAC) und das *Institut für politische, ökonomische und soziale Studien* (IPES) ein Seminar organisiert mit dem Titel "Der Aufbau des Friedens hängt von der Definition der Agrarpolitik ab". Teilgenommen haben u.a. Daniel Pascual von der CNOG, Patricia Monge von der Landwirtschaftskammer, Juan Pablo Corlazzoli von der *UNO-Mission für Guatemala* (MINUGUA) und Leopoldo Sandoval, aktueller Landwirtschaftsminister. Die Stellungnahmen der ReferentInnen geben einen guten Überblick über die Position der einzelnen Sektoren und erklären auch, weshalb sich trotz Friedensabkommen keine Verbesserung für die Landproblematik abzeichnet.

Für die BäuerInnenbewegung, am Seminar vertreten durch Daniel Pascual, gehört zur Lösung der Landfrage die Bearbeitung einer ganzen Rei-

he anderer Problematiken: Ernährungssicherheit, Erziehung, gesundheitliche Betreuung und Vorsorge, Zugang zu Krediten und das Mitspracherecht bei Entscheidungen, die direkte Auswirkungen auf die BäuerInnen haben. Damit gemeint sind internationale Verträge wie Freihandelsabkommen oder Patentrechte, durch die das kulturelle und geistige Erbe und die traditionelle Art zu denken und zu handeln der indigenen BäuerInnen verletzt werden. Weiter kritisieren die BäuerInnen, dass die staatlichen Institutionen wie CONTIERRA oder FONTIERRA überhaupt nichts zur Lösung der Landkonflikte beigetragen hätten.

Der Staat, bei diesem Anlass vertreten durch Landwirtschaftsminister Leopoldo Sandoval, dessen kürzliche Ernennung von den BäuerInnen-Organisationen begrüsst wurde, verschanzte sich einmal mehr hinter Gesetzen und Paragraphen. Die Regierung und die zuständigen Institutionen und Ministerien würden sich an die Friedensabkommen halten und sich zu deren Umsetzung verpflichten, verkündete Sandoval. Bei genauerem Hinschauen stellt man aber fest, dass es oft bereits in der Auswahl des zuständigen Personals oder an den finanziellen Möglichkeiten liegt, dass diese Institutionen ineffizient sind.

Eine Analyse verschiedener Dokumente ergibt, dass es sich bei den von der Regierung vorgeschlagenen Ansätzen um paternalistische Massnahmen gegenüber kleinen und mittleren ProduzentInnen handelt, die jeglicher umweltschützerischen Grundlage entbehren. Kurz, es geht nicht um eine integrale Strategie, sondern um einzelne, isolierte Massnahmen, die von einem politisch-ökonomischen Blickwinkel ausgehen, der ausschliesslich auf Stabilität und Wachstum setzt.

Der private Sektor, zu dem die durch Patricia Monge vertretene Landwirtschaftskammer gehört, wäscht seine Hände in Unschuld. Sie würden seit Jahren zur landwirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Ihr Rezept laute "Effizienz, Produktivität und Einhaltung der Menschenrechte" und dazu gehöre die entsprechende Infrastruktur, verriet Monge. Ausserdem sei es nicht die Aufgabe der Privatwirtschaft, auf dem Land für Gesundheitseinrichtungen, Schulen oder Infrastruktur für die Bevölkerung zu sorgen, obwohl sie das in einzelnen Fällen sogar machen würden. Diese Grundbedingungen müssten vom Staat garantiert werden, den Rest würde dann die Privatwirtschaft über-

nehmen.

Juan Pablo Corlazzoli von MINUGUA gibt sich dezidiert kritisch. Er bezeichnete es als einen Fortschritt, dass immerhin eine öffentliche Debatte über die Landfrage stattfindet. Weiter erwähnte er eine Reihe von Punkten, die in der Ausarbeitung einer Politik zur Lösung der Landproblematik berücksichtigt werden müssen. Sie müsse integral sein, unter Beteiligung verschiedener Ministerien, partizipativ und legal abgestützt. All dies sei eigentlich in den Friedensabkommen berücksichtigt, schloss Corlazzoli.

In ihrer Zwischenbilanz über die Umsetzung der Friedensabkommen 1997-1999 kommt die URNG zum Schluss: "Die Landfrage und die ländliche Entwicklungspolitik haben einen wichtigen Stellenwert innerhalb der gesamten Friedensabkommen. Trotzdem haben sich drei Jahre nach Unterzeichnung der Abkommen keine weitergehenden Veränderungen abgezeichnet, die man auch nur ansatzweise als Umsetzung der Verträge bezeichnen könnte. Es scheint, das einzige Ziel der Regierung war, den Krieg zu beenden und eine politische Öffnung zu erreichen, aber auf keinen Fall strukturelle Veränderungen herbeizuführen."

(Quellen: REMHI-Bericht "Guatemala nunca mas" und IPES, Reporte Diario)

¡Fijáte!

Herausgeber:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fijáte!
c/o Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
Tel. 01/ 241 44 43
E-Mail:
barbara-m@bluewin.ch
Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

BäuerInnen auf der Strasse

Guatemala, 10. Oktober. Rund 30'000 BäuerInnen haben an der landesweiten Demonstration teilgenommen, zu der die *Nationale Koordination der BäuerInnenorganisationen* (CNOC) und das *Komitee zur BäuerInneneinheit* (CUC) aufrufen. Im Landesinnern wurden verschiedene wichtige Strassenkreuzungen besetzt: rund 3000 Personen blockierten die *Panamericana* an der Südküste sowie die Abzweigung *El Zarco*. In Huehuetenango wurde die an die mexikanische Grenze führende Strasse besetzt. In insgesamt neun Departementen wurden die grossen Verkehrswege blockiert. Ein Sternmarsch, der über die wichtigsten Einfallstrassen Richtung Hauptstadt zusteuerte, blockierte alle Hauptverkehrsadern, was den Verkehr in und aus der Stadt völlig zum Erliegen brachte.

Die Forderungen der BäuerInnen waren nicht neu: Die Lösung der 390 bei der staatlichen *Konfliktstelle für Landprobleme* (CONTIERRA) eingereichten Landkonflikte und die Behandlung der 620 beim *Landfonds* (FONTIERRA) eingereichten Kreditgesuche. Weiter wurden die Einhaltung der Arbeitsrechte, die Bezahlung der Minimalgehälter und eine integrale Landwirtschaftspolitik gefordert.

Präsident Portillo empfing im Regierungspalast VertreterInnen der BäuerInnen, die ihm einen neun Punkte umfassenden Forderungskatalog überreichten. Er sei froh, dass die BäuerInnen sich für ihre Rechte einsetzten und auf die Regierung Druck ausübten, damit diese etwas unternahme, erklärte Portillo. Dies sei ihr absolutes Recht.

Bei dem Treffen wurde vereinbart, dass eine Kommission auf höchster

staatlicher Ebene gebildet werden soll, die sich der Probleme der Landbevölkerung annimmt. In dieser Kommission sollen das *Generalsekretariat für Planung* (SEGEPLAN), die beiden Institutionen FONTIERRA und CONTIERRA, das *Sekretariat für strategische Analysen* (SAE) sowie die Arbeits- und Landwirtschaftsministerien vertreten sein.

Die erste offizielle Sitzung dieser Kommission wurde auf den 25. Oktober angesetzt. Verschiedene Unterkommissionen begannen jedoch schon mit ihrer Arbeit. Bereits wenige Tage nach der Demonstration der BäuerInnen wurde ein Regierungsdekret veröffentlicht, dass dem *Landfonds* (FONTIERRA) 100 Millionen Quetzales (etwa 13,3 Millionen US-\$) zuspricht, um Land bzw. Fincas für organisierte BäuerInnen zu kaufen. Obwohl diese Massnahme vielversprechend klingt, wurde sie bereits von verschiedener Seite kritisiert. Die *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) befürchtete, dass es sich um einen Deal zwischen der Regierung und dem Militär handle und dass ausschliesslich Land gekauft würde, das im Besitz der armeeeigenen *Banco del Ejército* sei. Dies sei eine Strategie, um diese Bank vor dem endgültigen Konkurs zu retten.

Noch weiter ging die Kritik von Daniel Pascual, Vertreter der CNOC: Er fordert, dass die Regierung die Ländereien und Fincas, die im Besitz der *Banco del Ejército* sind, zurückerlangt, ohne dafür zu bezahlen. Schliesslich sei dieses Land während des bewaffneten Konflikts auch enteignet worden, ohne dass die darauf lebenden BäuerInnen entschädigt worden seien.

Eine ganz andere Sichtweise nahmen verschiedene rechte und armeena-

he Kommentatoren ein: Für Humberto Preti, ehemaliger Direktor des *UnternehmerInnenverbandes* (CACIF), ging die Einigung der protestierenden BäuerInnen mit der Regierung ein bisschen zu schnell. Für ihn deute dies darauf hin, dass der BäuerInnenprotest von der Regierung gesteuert worden sei, um durch eine schnelle Konsensfindung das Ansehen des Präsidenten als konziliant und volksnah zu stärken, erklärte Preti in der Kolumne einer Tageszeitung.

Dagegen wehrten sich die VertreterInnen der BäuerInnen: Es solle endlich anerkannt werden, dass die BäuerInnenbewegung stark sei und durchaus mit Erfolg Druck auf die Regierung ausüben könne, verlaubliche CNOC-Vertreter Daniel Pascual.

Die landesweite Demonstration der BäuerInnen hatte leider auch ein trauriges Nebenpiel: Im Anschluss an eine Strassenblockade im Departement Sololá wurde Gregorio Saloj Panjoj, Mitglied des CUC, durch Schüsse ermordet. Laut dem Vater des Ermordeten, habe eine Gruppe Demonstrierender der Polizei den Durchlass verwehren wollen, worauf es zu Handgreiflichkeiten gekommen sei. Dabei sei sein Sohn erschossen worden.

Die Tageszeitung *El Periódico* stellte den Fall ganz anders dar: Saloj Panjoj sei zwar Mitglied des CUC, jedoch im Anschluss an eine Demonstration gegen die Erhöhung des Strompreises in seiner Gemeinde umgebracht worden.

Die *Stiftung Rigoberta Menchú* meldete, dass das Personal der staatlichen Menschenrechtsstelle bei ihren Untersuchungen des Tathergangs von zivilen Personen und von Polizeibeamten bedroht worden sei.

Indígenas auf der Strasse

Guatemala, 12. Oktober. Zwei Tage nach der CNOC rief auch die *Nationale Indígena- und BäuerInnenkoordination* (CONIC) zu einer Demonstration in der Hauptstadt auf. Anlässlich des 508. Jahrestages der spanischen Invasion in Amerika organisierte die CONIC einen 'Widerstandsmarsch der Maya- und Volksorganisationen', an dem rund 3000 Personen teilnahmen. Ähnliche Demonstrationen fanden an diesem Tag auf dem ganzen Kontinent statt.

In einem Dokument forderten die Indígenas den Präsidenten, den Kongress und die Justiz dazu auf, die nötigen rechtlichen Schritte einzuleiten, um das von der Regierung ratifizierte inter-

nationale Abkommen über die Rechte der indigenen Völker (Convenio 169), verfassungsmässig umzusetzen.

Beim *Obersten Gerichtshof* (CSJ) wurden die VertreterInnen der CONIC vom abtretenden Präsidenten José Quezada und seinem Nachfolger, Hugo Maul, empfangen, denen sie ihre Forderungen überreichen konnten.

Bei Alfonso Portillo und bei Kongresspräsident Efraín Ríos Montt hatten sie weniger Glück: Im Kongress wurden sie vom Abgeordneten und Präsidenten der Menschenrechtskommission, Miguel Angel Recancoj, empfangen, der versprach, ihr Dokument dem Kongresspräsidenten zu überreichen.

Im Regierungsgebäude konnten sie ihre Forderungen beim *Sekretariat für spezielle Angelegenheiten des Präsidenten* deponieren. Portillo selbst weilte auf einer Reise in Totonicapán.

Sowohl die BäuerInnen- wie auch die Indígenaorganisationen erhielten für ihre Demonstrationen breite Unterstützung anderer Volksorganisationen, speziell der Gewerkschaften. Die CNOC und die CONIC ihrerseits solidarisierten sich mit den hungerstreikenden Mitgliedern der *Organisation der ElendsviertelbewohnerInnen* (FREPOGUA) und mit den jeweils am Dienstag vor dem Kongress demonstrierenden Menschenrechtsorganisationen.

Frauen auf der Strasse

Guatemala, 12. Oktober. Im Rahmen des *Weltmarsch der Frauen 2000* organisierten unter dem Namen 'Guatemala - Gleichberechtigung 2000' guatemaltekeische Frauenorganisation eine Demonstration. Rund 300 Personen, vorwiegend Frauen und Kinder, nahmen an der Demonstration teil. Sie stammten aus verschiedenen Departementen des Landes und vertraten unterschiedliche Ethnien.

Die Hauptforderungen des Marschs 'Guatemala - Gleichberechtigung 2000' waren: Einhaltung der nationalen und internationalen Abkommen über die Rechte der Frauen; Verbreitung und Einhaltung der Menschenrechte, speziell der Rechte der Frauen, durch den guatemaltekeischen Staat; Ausbildung

und gesundheitliche Betreuung für alle Frauen durch den Staat; Verantwortungsvolle und effiziente Verfolgung von Strafanzeigen bei Vergewaltigung, Inzest, innerfamiliärer Gewalt, erzwungener Prostitution, Verweigerung von Alimentenzahlungen etc. .

Weiter forderten die Frauen, dass 20% der Gelder, die der Staat in Form von Spenden für Entwicklungshilfe bekommt, in Frauenprojekte investiert werden.

An der Demonstration in Guatemala Stadt hat auch das Männerkollektiv *Enlace* teilgenommen. Auf ihrem Flugblatt hiess es: "Wir sind uns den ungerechten Bedingungen bewusst, denen guatemaltekeische Frauen bei der Arbeit, in den Ausbildungszentren, auf der Str-

asse und zu Hause ausgesetzt sind. Wir nehmen unsere Verantwortung als Teil des patriarchalen Systems wahr und setzen uns dafür ein, diese Situation zu verändern."

Am *Weltmarsch der Frauen 2000* nahmen Frauenorganisationen aus 159 Ländern teil. Die beiden Hauptforderungen lauteten: "Gegen Gewalt an Frauen und Kindern - für ihre physische und psychische Integrität" und "Gegen Armut - für eine gerechte Verteilung des Reichtums weltweit". Die weltweite Aktion begann am 8. März in Genf. Die Schlusskundgebungen fanden am 16. Oktober in Washington vor den Sitzen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds und am 17. Oktober in New York vor dem UNO-Sitz statt.

Grosshändler auf der Strasse

Guatemala, 18. Oktober. Um das allmorgendliche Verkehrschaos in der Hauptstadt etwas zu beruhigen, ordnete der Bürgermeister Fritz García-Gallont ein Fahrverbot für Camions zwischen 6.30 Uhr und 8.30 Uhr auf den 26 wichtigsten Hauptstrassen an.

Von diesem Verbot am meisten betroffen, sind die Grossisten, wie z.B. Gemüsehändler, die die Stadtteilmärkte mit frischer Ware versorgen oder Getränkehändler, die die Bars und Restaurants beliefern. Als weitere verkehrsberuhigende Massnahme ordnete García-Gallont an, dass der Gemüsegrosshandel nicht mehr im *Terminal* (grösster Busbahnhof der Hauptstadt), sondern im extra dafür gebauten Grossistenzentrum in der peripheren Zone 12 erfolgen sollte.

Beide Massnahmen lösten Proteste bei den HändlerInnen und KundInnen aus. Bei einem Aufeinandertreffen der Grossisten und García-Gallont, der mit seinem Fahrzeug zufällig an einer Protestkundgebung vorbeifuhr und die Grosshändler 'zur Vernunft' bringen wollte, musste die Polizei den Bürgermeister vor der aufgebrachten Menge schützen. Dabei wurde ein Polizeifahrzeug zerstört.

26 Verhaftungen, 10 Verletzte Personen und verschiedene zerstörte Polizeifahrzeuge waren der Saldo eines Zusammenstosses zwischen der Polizei und protestierenden HändlerInnen im *Terminal*.

KonsumentInnen der Stadtteilmärkte beklagten sich über den Mangel an Frischprodukten und Grundnahrungsmitteln. Ausserdem seien die Prei-

se gestiegen, da die Händler jetzt grössere Strecken zurücklegen müssten, um an die Waren zu kommen. Am 13. Oktober schlossen verschiedene Märkte, darunter derjenige im *Terminal*, aus Protest gegen die Massnahme der Stadtregierung, ihre Pforten. .

Damit erreichten die Grosshändler eine Verhandlung mit García-Gallont. Die Positionen blieben hart: die Händler forderten, den Grosshandel weiterhin im *Terminal* abwickeln zu können, die Gemeinde bestand darauf, dass die Camions ins Grossistenzentrum fahren, wo Inhalt und Papiere geprüft würden. Als grosses Entgegenkommen bezeichneten die Händler ihre Bereitschaft, die Versorgung der DetaillistInnen während der Nacht vorzunehmen, wenn nicht so viel Verkehr unterwegs sei.

Allgemeines Misstrauen gegenüber neuem Geheimdienst

Guatemala, 19. Oktober. Die Tatsache, dass das neue *Departement für zivilen Geheimdienst und Analyse* (DICA) durch alleinige Entscheidung Präsident Portillos geschaffen wurde, löste allgemeine Kritik aus (siehe *fijate* 220). MINUGUA und der Leiter des *Sekretariats für Strategische Analyse* (SAE), Edgar Gutiérrez, sind sich einig, dass die Gründung einer solchen Institution im Kongress hätte diskutiert und verabschiedet werden sollen. Weiter sind sich alle KritikerInnen darüber einig, dass ein Kontrollorgan, zusammengesetzt aus Parlamentsmitgliedern und anderen angesehenen Persönlichkeiten, geschaffen

werden muss, dem gegenüber das DICA Rechenschaft schuldig ist.

Gutiérrez beschwerte sich insbesondere darüber, dass Portillo das Dekret zur Schaffung des von Innenminister Barrientos ausgeheckten Geheimdienstes DICA während seiner Abwesenheit verabschiedet hat. Eigentlich habe er, Gutiérrez, den Auftrag bekommen, ein Projekt über einen neuen zivilen Geheimdienst auszuarbeiten.

Dieser Vorfall schürte die Differenzen zwischen Barrientos und Gutiérrez weiter.

Nun hat das *Institut für vergleichendes Strafrecht* (IECCP) einen Re-

kurs gegen die Schaffung des DICA eingereicht. Es sei verfassungswidrig, dass der Präsident eine Institution schaffe, die die Kompetenz habe, die Grundrechte der Bevölkerung drastisch einzuschränken. So unkontrolliert und willkürlich, wie das DICA geschaffen worden sei, könne es sich jederzeit zu einem menschenrechtsverletzenden Kontrollmechanismus entwickeln, kritisierte Alejandro Rodríguez vom IECCP. "Wir wollen verhindern, dass Methoden aus vergangenen Zeiten, wie Telefonüberwachung, Hausdurchsuchungen und illegale Verfolgung, wieder salonfähig werden, " begründete Rodríguez den Rekurs.

FREPOGUA beendet Hungerstreik

Guatemala, 20. Oktober. Nach fünfzehn Tagen Hungerstreik konnten die Mitglieder des *Zusammenschlusses der ElendsviertelbewohnerInnen* (FREPOGUA) einen ersten Erfolg verbuchen: Präsident Portillo versprach, die Intervention des *Guatemalteckischen Wohnungsfonds* (FOGUAVI) rückgängig zu machen und offerierte Land, um die im bisherigen Verlauf seiner Regierungszeit von ihrem Wohnort vertriebenen Familien wieder anzusiedeln.

Auf dieses Versprechen hin kündigte William Mazariegos, Koordinator der FREPOGUA, an, sie würden mit ihrem Hungerstreik erst aufhören, wenn abzusehen sei, dass die Regierung ihre Versprechen auch wirklich in die Tat umsetze.

Mit der Aufhebung der Intervention des FOGUAVI entsprach die Regierung auch einem Antrag zur Ungültig-

keitserklärung dieser Massnahme seitens der *Allianz Neue Nation* (ANN). Die ANN kritisierte, dass diejenigen, die die Intervention leiteten, Angestellte des Bankiers Alvarado Macdonald seien, des sich bereits auf Kosten des FOGUAVI bereichert habe.

Am 18. Oktober unterschrieben die VertreterInnen von FREPOGUA und Präsident Portillo ein Abkommen, in dem sich die Regierung zu konkreten Handlungen verpflichtet, worauf der unterdessen 24-tätige Hungerstreik abgebrochen wurde.

Die Regierung verpflichtete zum Kauf der Finca El Morlón in Amatitlán, wo es kürzlich ebenfalls zu Streitigkeiten kam; zur Schaffung einer Regierungskommission für Wohnungsfragen, die sich speziell mit der Situation der an der Bahnlinie wohnenden und von dort vertriebenen Familien beschäftigt; zur

Entschädigung der Mitch-Opfer und zur Legalisierung der Ländereien der vertriebenen und demobilisierten Bevölkerung. Portillo ernannte den Leiter des *Sekretariats für strategische Analysen* (SEA), Edgar Gutiérrez, zum Regierungsvertreter innerhalb dieser Kommission.

Wer die Versprechen Portillos an die ElendsviertelbewohnerInnen mit denjenigen vergleicht, die er den BäuerInnen gegeben hat, kommt zum Schluss, dass sie einander sehr ähnlich sind. So ist es denn auch nicht weiter verwunderlich, dass Portillo die Absicht äusserte, die Gelder des FOGUAVI, (den aufzulösen er schon Anfang August angekündigt hatte), auf den *Landfonds* (FONTIERRA) und den *Friedensfonds* (FONAPAZ) aufzuteilen. So könnten laut Portillo gleich zwei Probleme auf Mal gelöst werden: Das Land- und das Wohnungsproblem.

CACIF zu Verhandlungen bereit

Guatemala, 20. Oktober. In einer Analyse zur aktuellen Situation des Landes zeigte der *UnternehmerInnenverband* (CACIF) ein entmutigendes Panorama auf. Trotzdem rief er die Regierung, den Privat- und den Unternehmenssektor zu einem gemeinsamen Effort auf, um aus der gegenwärtigen Krise herauszukommen.

In seinem Vorschlag "Für ein gemeinsames nationales Projekt" forderte der CACIF von der Exekutiven mehr Transparenz in der öffentlichen Administration und mehr Kompromissbereitschaft gegenüber den sozialen Sektoren.

Der Legislative empfahl der CACIF eine strengere Kontrolle der Staatsausgaben, einen technischeren Blickwinkel bei der Anwendung der Gesetze und die Entwicklung einer Gesprächskultur zwischen den verschiedenen politischen Parteien.

Die Gewerkschaften, die Kirchen und die sozialen Organisationen wurden aufgerufen, sich zu einigen und gemeinsam mit den drei Kräften Legislative, Exekutive und Judikative, eine Prioritätenliste zu erarbeiten.

Damit zeigte sich der CACIF erstmals wieder gesprächsbereit seit den gescheiterten Verhandlungen über die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Gegenseitige Schuldzuweisungen zwischen Regierung und CACIF haben seither jeglichen Dialog verunmöglicht.

Die Regierung reagierte mit mässiger Begeisterung auf den Vorschlag des CACIF. Vizepräsident Juan Francisco

Reyes López zeigte sich zwar erfreut darüber, dass der CACIF eingesehen habe, dass ein Konsens nicht mit Kritik sondern nur mit Dialog erreicht werden kann. Der Unternehmenssektor habe jedoch nichts weiter gemacht, als einen Vorschlag der Regierung übernommen und ihm einen neuen Namen gegeben. Die Exekutive habe schon seit längerer Zeit den Dialog mit den verschiedenen Sektoren gesucht, um zu einem Regierungsabkommen zu gelangen, meinte der Vizepräsident. Er würde nun die konkreten Vorschläge des CACIF abwarten, hoffe aber, dass dieser fähige Leute zu den Gesprächen schicke.

Die Antwort des Präsidenten des

CACIF, Luis Fernando Montenegro, auf die Äusserungen von López Reyes war, dass sie mit Präsident Portillo verhandeln wollten und auf eine entsprechende Einladung seinerseits warten würden.

Grundsätzlich sind sich wohl alle Beteiligten einig darüber, welche Themen innerhalb eines Regierungsabkommens diskutiert werden müssten: Sicherheit, Schaffung von Arbeitsplätzen und Gehaltserhöhung, Einhaltung der Friedensabkommen und Ankurbelung der Wirtschaft. Während für die Regierung und den CACIF das Thema Sicherheit erste Priorität hat, fordern die Gewerkschaften, als erstes das Thema Gehaltserhöhung zu diskutieren.

Casa Alianza erhält Menschenrechtspreis

Genf, 20. Oktober. Zum fünften Mal seit 1996 wurde der als "Nobelpreis für Menschenrechte" bekannte Hilton-Preis verliehen. Diesmal an die Menschenrechtsorganisation *Casa Alianza*, die sich speziell für die Rechte der Strassenkinder in Lateinamerika einsetzt. Das diesjährige Thema des mit einer Million US-\$ dotierten Preises hiess: "Vom Konflikt zum Frieden, zur Gerechtigkeit und Wiederversöhnung" und wurde an *Casa Alianza* vergeben für ihren "unermüdlischen Einsatz zur Linderung des menschlichen Leidens".

Das Kinderhilfswerk *Casa Alianza* freute sich sehr über die Auszeichnung.

"Es ist für uns eine grosse Ehre, dass eine so angesehene Organisation wie die Hilton-Stiftung unser Engagement für Strassenkinder anerkennt," erklärte Leticia Herrera, Direktorin von *Casa Alianza* in Honduras. Für Arturo Echeverría, Direktor der Casa Alianza in Guatemala ist die Verleihung des Preises "eine Motivation, den Kampf für die Einhaltung der Rechte der Kinder weiterzuführen."

Überreicht wurde der diesjährige Hilton-Preis durch die jordanische Königin Noor. Die Hilton-Stiftung wurde 1944 vom philanthropischen Hotelbesitzer Conrad N. Hilton gegründet.

Fall Gerardi: die Beweise der Regierung

Guatemala, 21. Oktober. Eines der überzeugendsten Wahlversprechen Portillos war, dass er zurücktreten würde, falls der Fall Gerardi sechs Monate nach seiner Amtseinsetzung nicht gelöst sei. Kaum gewählt, kündigte er am 23. Januar 2000 auch schon eine interne Untersuchung an. Seither sind neun Monate vergangen, ohne dass die Aufklärung des Falls Gerardi auch nur einen Schritt weitergekommen wäre und ohne dass Portillo sein Rücktrittsversprechen eingehalten hätte.

Am 11. Oktober war die Geduld der Staatsanwaltschaft zu Ende, nachdem sie bereits im Juni dieses Jahres Portillo an die Einhaltung seines Wahlversprechen erinnerte. Um es ihm etwas leichter zu machen, legte sie diesmal einen Fragebogen bei, mit fünf konkreten Fragen im Zusammenhang mit der Ermordung des Erzbischofs.

Als sei es seit langem in der Schublade bereitgelegt, überreichte vier Tage später der Leiter des SAE, Edgar Gutiérrez

im Namen der Regierung das besagte Dokument. Über den Umfang des Dokuments kursieren unterschiedliche Zahlen: 40 Seiten sagen die einen, lediglich 2 Seiten sagen die andern.

Der Umfang spielt denn auch überhaupt keine Rolle, das Dokument enthält keine neuen Informationen. Es umfasst die Namen von mehreren Ex-Militärs, die der Staatsanwaltschaft bereits bekannt waren. Weiter stellt das offizielle Dokument die Hypothese auf, dass verschiedene Verdächtige noch frei herumliefen und dass die Tat zweifellos politisch motiviert gewesen sei.

Weiter hält die Untersuchung Portillos fest, dass das Verteidigungsministerium keine Informationen über den Mordfall habe, dieser aber auch gar nicht in seinem Kompetenzbereich liege.

Menschenrechtsorganisationen verurteilen den Bericht der Regierung als lächerlich. Nery Rodenas, Direktor des *erzbischöflichen Menschenrechtsbüros* (ODHA) sagte, dies sei der klare Beweis

dafür, dass der Regierung der politische Wille fehlt, dieses Verbrechen aufzuklären.

Adela Torrebiarte der *Besorgten Mütter* warnte die Regierung, dass sie sich zum Komplizen mache, wenn sie Informationen zurückbehalten würde.

Die ANN-Abgeordnete Nineth Montenegro bat Gutiérrez darum, sich nicht für solche Desinformations-Kampagnen ausnutzen zu lassen.

Dass die Armee doch etwas über den Fall Gerardi weiss, oder zumindest fleissig mithilft, dessen Aufklärung zu verhindern, bewies kürzlich Verteidigungsminister Juan de Dios Estrada: Bei einem Treffen mit us-amerikanischen Menschenrechtsorganisationen in Washington, erklärte er, Gerardi sei von einer Bande ermordet worden, die Kirchenbilder stehle. Mehr Information wollte er nicht preisgeben und später darauf angesprochen meinte er, genau diese Information habe er in Washington bekommen.

ArbeiterInnen auf Bananenfinca wiedereingestellt

Guatemala, 6. Oktober. Die *Gewerkschaft der BananenarbeiterInnen von Izabal* (SITRABI) und der Bananenmulti BANDEGUA (Tochterfirma von Del Monte), beendeten mit der Unterzeichnung eines Kollektivvertrags und der Wiedereinstellung von 900 entlassenen ArbeiterInnen, einen zwölfmonatigen Arbeitsstreit.

Im Vertrag festgelegt ist auch ein tägliches Mindestgehalt von 27 Quetzales (ca. 4 US-\$) sowie die Subvention durch den Arbeitgeber von 45 Kilowattstunden Energie pro ArbeiterIn. Weiter verpflichten sich die Besitzer der drei Fincas Lanquin, Zaculeu und Arapahoe, das Transportsystem und medizinische Versorgung zu garantieren.

Im September 1999 entliess BANDEGUA 900 ArbeiterInnen mit der Begründung, infolge des Hurrikans Mitch sei der internationale Bananenpreis gefallen und die Fincas rentierten nicht mehr. SITRABI protestierte gegen die Entlassung der ArbeiterInnen, worauf Mitglieder der Gewerkschaft in Morales unter Todesdrohungen zum Rücktritt gezwungen wurden. Diese Nachricht ging über die Landesgrenzen hinaus und us-amerikanische Gewerkschaften riefen ihre Regierung dazu auf, Guatemala von der Liste der zollbegünstigten Länder zu streichen. Auch die *Internationale Vereinigung der ArbeiterInnen des Lebensmittelsektors* (UITA) drohte, die guatemalteckischen Produkte zu boykottieren.

Enrique Villeda, Sekretär von SITRABI, erklärte, der Arbeitskonflikt sei fürs erste gelöst. Was aber noch fehle, sei die Prozessführung gegen die Personen, die die Gewerkschaftsführer von Morales zum Rücktritt zwangen und bedrohten.

Auf internationaler Ebene finden zur Zeit Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und den Bananenproduzenten Lateinamerikas statt. Die EU will ein neues Importsystem einführen, nach dem Prinzip "wer zuerst da ist, wird zuerst bedient", bzw. "wer zuerst

liefert, dem wird abgekauft". Die lateinamerikanischen Produzenten befürchten, dass damit die afrikanischen Länder bevorzugt werden. Ausserdem befürchten sie, dass diese Praxis auch von anderen ökonomischen Mächten übernommen werden könnte (z.B. von den USA, Hauptabnehmer guatemalteckischer Bananen) und dass sie auf andere Produkte angewendet wird.

Mit Ausnahme von Ecuador, dem weltweit grössten Bananenproduzenten, sprechen sich alle lateinamerikanischen Länder gegen eine solche Regelung aus.

Bitterer Kaffee

Guatemala, 9. Oktober. Der niedrige Kaffeepreis und der Stopp der Kreditvergabe an KaffeeproduzentInnen führte dazu, dass in verschiedenen Kaffeefincas dieses Jahr mitten in der Ernte die ArbeiterInnen entlassen werden mussten und die Ernte nicht eingebracht werden konnte.

Ein Beispiel ist die Finca *La Providencia* in La Unión, Zacapa, wo der Besitzer 300 ArbeiterInnen aus Huehuetenango entliess. Die Kosten für die Produktion eines Quintals Kaffee betragen aktuell rund 400 Quetzales (ca. 53 US-\$), auf dem Markt wird dafür nicht mehr als 325 Quetzales ca. 43 US-\$) bezahlt. Dazu kommt, dass der Besitzer der Finca *La Providencia* dieses Jahr von der Bank

kein Darlehen bekam, entsprechend nur ein- statt dreimal düngen konnte und einen Ernteverlust von rund 50% hatte.

Eine Gemeinsamkeit fast aller landwirtschaftlicher Exportprodukte Guatemalas ist die Diskrepanz zwischen dem Preis, der den ProduzentInnen bezahlt wird und dem Preis, den die KonsumentInnen dafür bezahlen. Im Fall von Kaffee erhalten die guatemalteckischen ProduzentInnen einen Drittel bis einen Viertel von dem was die KonsumentInnen bezahlen. Nicht zu sprechen von den KaffeepflückerInnen, die rund 150 Kilos Kaffeebohnen pflücken müssten, wozu sie etwa drei Tage brauchen, um mit dem erhaltenen Lohn 500 g Gourmet-Kaffee zu kaufen.